

Christliche Wähler werden geangelt.

Berlin, 22. Febr. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Die Kommissare des Reiches für das Land Preußen stimmten in der heutigen Staatsministerkonferenz einem Vorschlag des Reichskommissars für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu, einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen (Zammelschulen) ab Oster 1933 in die Wege zu leiten. Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in der Berufs- und Fortbildungsschulen eingeführt wird.

stärkere Wirkung ausübte — nach dem Volksrechtprozess die drohende Auslieferung der vier Nazidaggeordneten. Es erfolgte ein deutliches Abweichen von Hitler, das als Verrat an ihm nicht zu scharf bezeichnet ist. Jung, Krebs und Knirsch überboten sich in Beteuerungen ihrer lokalen Staatsgesinnung, welche durchaus nicht die Absicht habe, den Tschechen irgendwie lästige oder gar gefährliche zu werden. Solange die geringste Aussicht bestand, um die Auslieferung herumzukommen, erließen die angstschlotternden Helden vom Dakenkreuz an die Tschechen einen Appell nach dem anderen, um des Himmels willen doch nicht zu verkennen, daß ihnen nichts ferner liege, als solche schwarze Pläne zu spinnen, wie man ihnen mit großem Unrecht ummte. Sie ließen sich sogar in einem offiziellen Dokument des preussischen Pressedienstes der reichsdeutschen nationalsozialistischen Partei höchstpersönlich von ihrem Hitler feierlich bestätigen, daß diesem jeder Gedanke einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei vollständig fehle. Und um auch alle anderen Spuren zu verwischen, versenkte die Parteileitung, wie die kommunistische Presse feststellte, an alle Ortsparteileitungen ein Rundschreiben, in dem sie aufgefordert wurden, nicht nur alle Dakenkreuze in den Mitgliedsbüchern unkenntlich zu machen, sondern auch aus den Parteigrundbüchern „das Blatt über die staatsrechtlichen Forderungen herauszuschneiden“. Die teure Haut der Herren Jung, Krebs, Schubert und Kasper war in Gefahr, da lobte es sich schon, die Parteigrundbücher auszumergen und zu verfeuern.

Der Nazihelden sich würdig fühlend, haben sich ihnen jetzt die Nationalpartei in dem wüsten Schind- und Verleumdungsfeldzug gegen die deutschen Regierungsparteien angeschlossen. Das heißt, einer von ihnen, Dr. Galsold, hat die Charakterfestigkeit aufgebracht, die Krieherei und Schweifweiberei der Jung und Krebs vor den tschechischen Parteien als würdelos und charakterlos zu bezeichnen. Er mußte sich dafür von einem eigenen Parteigenossen Dr. Schollisch in einer öffentlichen nationalsozialistischen Versammlung blamieren und desobouieren lassen, der mit Knirsch vor verammeltem Publikum Handschlaa und Bruderkuß tauschte. Es ist dies derselbe Herr Schollisch, der in der von ihm in Reutischheim herausgegebenen Zeitung „Vollruf“ vor gar nicht so langer Zeit vor den „Gauler- und Rostäuscherkünstlern“ warnte, mit denen die deutsche Bevölkerung von den Nationalsozialisten „betrogen und irregeführt“ werde. Damals hielt es Dr. Schollisch für seine Pflicht, „das merkwürdige und auf die Dauer unerträgliche Gebahren einer Partei aufzudecken, deren parlamentarische Vertreter oft genau das Gegenteil von dem reden, was ihre Schriftleiter schreiben und umgekehrt“. Andererseits waren die Herren Jung und Krebs nicht faul, das politische Charakterbild des Dr. Schollisch und Kallina in fühnen Strichen zu entwerfen und entrüftet stellen sie fest, daß ihre Partei „kaum von den Kommunisten und Sozialdemokraten so gehässig bekämpft“ wurde, wie von der Nationalpartei. Nun drücken sie sich die Hände und fallen einander in die Arme. Die „Volksgemeinschaft“ im Reichen der tollwütigen Hebe gegen die Sozialdemokraten ist geschlossen. So nebenher marschieren auch die deutschen Christlichsozialen mit. Obwohl ihnen der „Tag“ anfänglich des Volksrechtprozesses wegen der Haltung ihrer „Deutschen Presse“ den Vorwurf des „Merikalen Dolchstoßes“ ins Gesicht schleuderte! Die Moral, welche die Christlichsozialen hierbei beweisen hätten, sei wohl „eine katholische Moral, die vielleicht mit sterikaler Politik, aber niemals mit der wahren Lehre Christi vereinbar ist“.

Diese wenigen Selbstcharakteristiken lassen sich, wenn es den Verehrten danach gelüftet, noch um das hundertfache vermehren. Wenn sie meinen, mit dem höchst verdorbenen Selbstentum der Nazidaggeordneten politische Geschäfte machen zu können, so werden sie sich täuschen. Die Gemeinschaft der Vergeßlichkeit fehlt uns gänzlich!

Bürgerliche Sabotage der Arbeitsbeschaffung.

Aus der Budgetrede des Genossen Dr. Heller.

Prag, 22. Febr. In dem wirtschaftlichen Teil seiner getrigen Budgetrede wies Genosse Dr. Heller einleitend darauf hin, daß die Wirtschaftskrise unseren Staat in ihrer ganzen Schwere etwas später getroffen hat, als die anderen Staaten, dafür um so schwerer.

Die jüngsten Ereignisse zeigen ganz deutlich, daß die Krise ihren Abschluß nicht gefunden, sondern sich in letzter Zeit wesentlich verschärft hat. In diesen Zeiten schwerster Krise leiden nicht die meisten Klassen der Bevölkerung unter ihr. Es ist keine Frage, daß auch die Gewerbetreibenden und ein Teil der Unternehmern unter der Krise leiden, und es wäre niemand so blindverblüdet, nicht zuzugeben, daß auch unsere Landwirtschaft, die von ihrer separaten Preisliste betroffen ist, unter ihren Auswirkungen schwer leidet.

Das alles mag richtig sein, aber an die Folgen der Krise für die Arbeiterschaft reicht es bei weitem nicht heran. Der Bauer, der unter der Krise leidet, hat immer noch sein Dach über dem Kopf, er ist immer noch vor Hunger geschützt. Aber mit ihrer ganzen Schwere trifft die Krise die Arbeiterschaft.

Gehen Sie hinaus in unsere Industriegebiete, offenen Auges und unboreingenommen, und sehen Sie sich an, wie diese Arbeiter heute ihren letzten Hausrat verkaufen oder verkaufen, wie Massenbegüterungen an der Tagesordnung sind, wie wir vor einer Situation stehen, wie wir sie in der ganzen zurückliegenden Geschichte vor und nach dem Krieg niemals erlebt haben!

Da berührt es uns im höchsten Maße ansehnend und empörend, wenn wir sehen, daß trotz aller Not und allem Elend ein großer Teil der bürgerlichen Parteien händig gegen die farge Unterstützung der Arbeitslosen wählt und hebt und dabei — wie es heute hier geschah — sogar ins Treffen geschickt wird, daß ein Arbeitsloser sich irgendwo ein Radio angeschafft habe. Es ist sicher, daß es unter den 850.000 Arbeitslosen irgendwelche geben wird, die die Arbeitslosenunterstützung auf unerschwinglichem Wege erreichen, aber gemessen an der großen Zahl der Arbeitslosen sind das doch nur verschwindende Fälle.

Aber die Agitation der bürgerlichen Parteien richtet sich ja nicht gegen die Unterstützung selbst! Demgegenüber können wir ihnen erklären, daß wir an der Arbeitslosenunterstützung nicht rühren lassen und daß wir allen Versuchen, hier — wie Sie es nennen, „Ordnung“ zu schaffen — den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden.

Der ungeschickte parlamentarische Sparplan, Mission wäre es sehr zu empfehlen, die Geschäftsführung unserer Kartelle zu überprüfen, etwa des Spirituskartells oder des Zuckerkartells. Wir

wünschten nur, daß die Kommission dabei zu Vorschlägen kommt, welche dem Treiben gewisser politischer Parteien in diesen Kartellen ein Ende machen und die die Gewinne, welche diese Kartelle aufweisen, der privaten Hand entgegen und dem allgemeinen Wohl zugänglich machen. Hunderte von Millionen können auf diese Weise dem Staat zufließen, während sie heute in unbekannte Kassen fließen. Wenn wir allerdings sehen, wie in letzter Zeit die Verhandlungen erschwert werden, welche der Wirtschaft dienen sollen, so müssen wir unsere Hoffnungen wesentlich herabsetzen!

So wird die Schaffung des Notfonds, zu dem auch die Arbeitgeber herangezogen werden sollen, von den politischen Vertretern der Arbeitgeber sabotiert.

Dieser Notfonds soll der produktiven Arbeitslosenunterstützung dienen, also dem, was die Parteien immer zu wünschen vorgeben, daß nämlich die Arbeitslosen nicht ein Almosen, sondern Arbeit bekommen sollen. Wenn aber die Mittel hierfür beschafft werden sollen, dann leisten diese Herrschaften, die immer von der „Unfruchtbarkeit“ der Arbeitslosenunterstützung sprechen, den größten Widerstand!

Das selbe Bild sehen wir bei den Bemühungen um die Zinssenkung.

Endlich ist die Regierung so weit, dem Abgeordnetenhaus einen diesbezüglichen Entwurf vorzulegen. Nun kommen wieder dieselben Kreise und versuchen, in die von ihrer eigenen Regierung eingebrachte Vorlage

ein Luftschlei

hineinzulegen, um sie wieder unmöglich zu machen. Auf einmal haben sie an der ganzen Zinsenkung kein Interesse, wenn ihren Wünschen bezüglich der Kollektivverträge der Bankbeamten nicht Rechnung getragen wird.

Muß denn gerade die Senkung der Rente bei jenem Teil der Bankbeamten erfolgen, die niedrige Gehälter beziehen? Die Gehälter der wenigen leitenden Beamten machen in den Banken rund die Hälfte aller Personalausgaben aus. Man könnte also bereits sehr viel ersparen, wenn man die Herabsetzung der Gehälter auf diese überhöchlich bezahlten Angestellten beschränken würde!

Auch in der Wohnbaufrage sind es wieder dieselben Parteien, die einer zweckmäßigen und richtigen Wohnbauförderung die Mittel versagen und so wieder verhindern, daß Arbeit beschafft, daß der Wohnungsmangel endlich ein Ende gemacht werde.

Das sind wieder dieselben Parteien, die ununterbrochen gegen die Arbeitslosenunterstützung losziehen, andererseits aber alle Mittel anwenden, um die Schaffung von Arbeit für die Arbeitslosen zu verhindern!

Wann kommt eine gründliche Verwaltungsreform?

Genosse Joki über die Mißstände in der Verwaltung.

Prag, 21. Febr. Im Laufe der heutigen Senatsprüfung kamen nicht weniger als 18 Redner zu Wort, so daß sich die Sitzung wieder bis spät abends hinauszog. Auch morgen wird die Debatte den ganzen Tag über weitergehen.

Von unserer Senatsfraktion beschäftigte sich heute Genosse Joki ausführlich mit den notwendigen Reformen auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung und des Finanzwesens, wobei er die zahlreichen Mißstände, die sich überall zeigen, scharf verurteilte.

Genosse Joki ging, nachdem er einleitend zunächst den Herrn Saken gebührend abgefertigt hatte, der das Anwachsen des Faschismus in Deutschland in völliger Verkehrung der Tatsachen den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben wollte, sofort auf die Notwendigkeit der Reform der öffentlichen Verwaltung ein.

Wir begrüßen den Standpunkt des Herrn Ministerpräsidenten, daß die Behörden der Bevölkerung zu dienen haben. Heute wird dieses Prinzip leider noch nicht angewendet. Neben der Alterswanderung und Alterschiebung, die heute direkt zu einem System in unserer Verwaltung geworden ist, macht sich in letzter Zeit bei einigen Bezirksämtern direkt die Tendenz bemerkbar, das alte Prinzip des Vormars, die Bevormundung der Bevölkerung, wieder zur Geltung zu bringen. So läßt sich u. a. die Bezirksbehörde in Reutischheim in dem Grundgesetz leiten, alles, was nicht ausdrücklich erlaubt sei, sei verboten!

Ueber die Notwendigkeit der Reform des Gemeindefinanzgesetzes hat gestern bereits Genosse Dr. Heller gesprochen. Ich will nur noch darauf verweisen, daß es auch heute schon — eine gründliche Reform durchgeführt wird — möglich wäre, die Fesseln dieses Gesetzes ein wenig zu lockern. Auch das Gesetz über die Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen müßte in die Reform einbezogen werden, denn wir empfinden es als eine Schande, daß die Ernennungen in diese Vertretungskörper nicht schon beseitigt sind; auch das Wahlalter müßte herabgesetzt und alle Bestimmungen beseitigt werden, durch die die Entscheidungsfähigkeit dieser Vertretungskörper eingeschränkt wird.

Genosse Joki wendet sich jedoch dagegen, daß auf dem Gebiete der Finanzverwaltung die so wichtigen Reformen mit der Auflösung von Steuerämtern und mit der Zusammenlegung der Troppauer mit der Bräuner Finanzlandesdirektion begonnen werde! Es ist uns aufsehend doch gelungen, die Ansicht durchzusetzen,

daß jetzt in der Krisenzeit nicht der Moment für derart einschneidende Operationen gegeben ist.

Redner verlangt weiters Aufklärung über die Steuerabschreibungen größten Stills, wegen deren Herr Dr. Parisch-Widmann in Verhandlungen mit dem Finanzministerium steht. 18,3 Millionen sind ihm bereits abgeschrieben worden, jetzt soll eine neue Abschreibung von weiteren drei Millionen bewilligt worden sein. Bei kleinen Leuten wird jede Steuerabschreibung einfach verboten, auf der anderen Seite aber werden Riesensummen im gleichen Atemzug abgeschrieben!

Zum Kapitel Verteidigungsministerium

konstatiert Genosse Joki, daß die Sachausgaben seit 1927 zwar von 775 auf 678 Millionen zurückgegangen sind, daß aber in derselben Zeit der Index für Industrieprodukte wie auch für Rohungsmittel weit mehr gesunken ist. Wir hoffen, daß man auf die Frage der Goldfürgung schon nicht mehr zurückkommen wird. Es gibt schon noch andere Möglichkeiten, diese elf Millionen einzusparen!

Wir begrüßen die vorzeitige Entlassung des Jahrganges 1931 und glauben, daß damit auch für die Entlassung des Jahrganges 1932 ein Präzedenz geschaffen wurde. Darin haben wir ja überdies im Finanzministerium einen fideren Bundesgenossen!

Redner wendet sich weiter dagegen, daß man Militärdienstverweigerer mit schweren Kerkerstrafen fassen machen will, statt sie einfach in die Sanität einzusetzen, und wendet sich dann der Handhabung des Gesetzes über den Unterhaltsbeitrag zu. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß die unheilbare Praxis beseitigt wird, wonach die Angehörigen Eingezogener keinen Unterhaltsbeitrag erhalten, wenn der Familienerhalter am Tage des Einrückens nicht effektiv in Arbeit gestanden ist, sondern — wenn auch erst nur kurze Zeit — arbeitslos war.

Zum Schluß bespricht Genosse Joki die schwere Wirtschaftskrise des Mährisch-Schlesien Gebietes und verweist darauf u. a. auf die Hutindustrie in Reutischheim, die in der letzten Zeit unter den Exportschwierigkeiten ganz besonders zu leiden hat.

Redner unterstreicht daher nochmals die dringende Notwendigkeit einer Investitionsanleihe, um auf diese Weise die Mittel zur Durchführung großer Investitionsarbeiten aufzubringen und so neue Arbeitsgelegenheiten schaffen zu können. (Beifall.)

Keine Verschlechterung der Staatsangestellten-Lage.

Die Gewerkschaftsvertreter der koalitierten Parteien beim Vorsitzenden der Regierung.

Dienstag, den 21. Febr., fanden sich beim Vorsitzenden der Regierung Malypetr die Gewerkschaftsvertreter aller koalitierten Parteien ein — unsererseits waren die Genossen Grünzner und Cech anwesend —, um eine Erklärung des Vorsitzenden der Regierung einzuholen, was an den in den staatlichen Ämtern tradierten Gerüchten über weitere beabsichtigte Abzüge an den Gehältern der Staatsangestellten, über die Entgratung der Angestellten, die Restriktion usw. Wahres sei.

Der Vorsitzende der Regierung gab den anwesenden Vertretern folgende klare Erklärung: „Die Regierung denkt und wird an keinerlei Maßnahmen denken, welche die Gehalts- oder Rechtsverhältnisse von Einzelpersonen oder einzelner Kategorien verschlechtern werden. Sie wird andere Wege zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes des Staatsbudgets suchen. Die schmerzlichen Maßnahmen, welche die Regierung treffen mußte, haben Übergangscharakter und sind durch Gesetz zeitlich begrenzt.“

Die Verabreichung des Aufwandes für die staatliche Administration gebührt die Regierung durch Reorganisation der Staatsverwaltung zu erzielen; die Kommission wird in einigen Tagen ernannt werden und es werden ihr auch Arbeitsdirektiven gegeben werden. Außerdem wird in kurzer Zeit die Spar- und Kontrollkommission konstituiert werden. Die Regierung beabsichtigt nicht, irgendeine gewaltsame Restriktion nach einem besonderen Gesetz durchzuführen, sondern durch Verschiebung der Stände der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung auszugleichen und durch ausgiebigere Pensionierung die weitere regelmäßige Beförderung auf höherwertige Stellen zu ermöglichen.

Die Richtlinien für die jetzt durchgeführte Erneuerung nach zweijähriger Unterbrechung sind keine dauernde Maßnahmen für die Zukunft. Die Beförderung wird nach und nach fortgesetzt, eine weitere Etappe wird vorbereitet.“

Statt 83 Millionen 123!

Was die Feiner Talsperre wirklich kostet.

Ueber die Kostenüberschreitungen bei der Feiner Talsperre, die die Öffentlichkeit und die parlamentarischen Faktoren bereits wiederholt beschäftigt haben, gab Minister Dr. Dostalek gestern im Verkehrsausschuß des Abgeordnetenhauses ein genaues Bild.

Das ursprüngliche Projekt von 83 Millionen wurde durch Änderungen, die das Ministerium selbst forderte, auf 87 Millionen erhöht. Man hatte es aber unterlassen, in das Projekt das sogenannte Inventarpauschal (für die sehr kostspieligen Investitionen zu Beginn des Baues) einzurechnen, das schließlich mit 18,3 Millionen in Rechnung gestellt werden mußte! Richtig hätte der Kostenvoranschlag am Tage der Vergebung auf 105,3 Millionen lauten sollen, d. i. bereits um 22,3 Millionen höher. Die wahrscheinliche Überschreitung gegenüber dieser Ziffer dürfte weitere 14 Millionen betragen, so daß der Gesamtaufwand etwa 123,3 Millionen Kronen betragen wird.

Die Überschreitung bei den eigentlichen Bauarbeiten, die rund 13,8 Millionen beträgt, ist durch Vertiefung der Grundlagen infolge des schlechten Festuntergrundes und dem damit verbundenen höheren Aufwand an Beton und sonstigen Baumaterialien gerechtfertigt. Durch Ersparnisse bei der Pfählung wurde dieser Fehlbetrag um 3,25 Millionen herabgesetzt, so daß die Kostenüberschreitung beim Bau der Sperrmauer selbst 10,549.000 Kronen beträgt. Die sonstigen Bauarbeiten, für die 1.989.000 Kronen präliminiert waren, wurden um 5,1 Millionen überschritten! Angeblich war in dem Projekt auf die kostspieligen Kommunikationen nicht genügend Rücksicht genommen; auch hätten einige Interessenten ihre Forderungen für abzutretenden Grund gesteigert. Ob es noch zu weiteren Überschreitungen kommen wird, kann der Minister nicht bestimmen angeben; jedenfalls fehlt in der Endsumme von 123,3 Millionen noch der Aufwand für eine Brücke, der 4,5 Millionen betragen wird!

Gegen die Beamten, die für die Nichteinrechnung des Inventarpauschals in den ursprünglichen Kostenvoranschlag verantwortlich sind, läuft seit 18. Jänner d. J. eine Disziplinaruntersuchung. Es wurden auch neue Richtlinien für die Berücksichtigung des Inventarpauschals bei der Zusammenstellung von Kostenvoranschlägen herausgegeben.

Zusammenfassend erklärte der Minister, daß sämtliche Kostenüberschreitungen bei dieser Talsperre durch Rücksichtnahme auf Qualität, bzw. Sicherheit des Baues begründet seien und von einer Verschwendung öffentlicher Mittel dabei nicht die Rede sein könne. Auch sei nichts festgestellt worden, was von irgendeiner Korruption zeugen würde.

Nach längerer Debatte, in die der Minister nochmals eintritt, wurde der Bericht vom Ausschuß zur Kenntnis genommen.

Der Landesauschuß für Böhmen behandelt

in seiner Sitzung am 22. Febr. neben einer Reihe laufender Angelegenheiten 336 Gemeindefinanz- und zehn Bezirksbudgets und bewilligte 81 Gemeinden die Einhebung verschiedener Abgaben und Gebühren. Er stimmte dem Beschluß der Zentralvertretung der Hauptstadt Prag betreffend den Abschluß einer Hypothekendarleihe von 8.490.000 K zum Bau von Wohnhäusern und betreffend den Abschluß einer Kommunalanleihe von 800.000 K zur Entwässerung der Kolonie „Tempo“ zu.

Eine grobe journalistische Unanständigkeit.

Die so recht die Kampfmethode beleuchtet, die die Vertreter des tschechischen Industriekapitals gegen die deutsche Sozialdemokratie derzeit anzuwenden belieben, haben sich gestern die „Narodni Listy“, das sonst so vornehm tuernde Blatt der tschechischen Bourgeoisie, gefistet.

Wir haben erst vor wenigen Tagen einer Darstellung der Brünner „Edová Robinu“ Raum gegeben, wie in dieser Partei ein Flügel gegen den andern arbeitet und wie die Herrschaft bestrebt sind, aus den inneren der Koalition bestehenden Differenzen wegen der Auslieferung der Salenkreuzer Kapital für sich zu schlagen, eine kleine Regierungskrise herbeizuführen und dann — im Besitz des unpolitischen Finanzministeriums — innerhalb der Koalition die Radikalen und Oppositionellen zu spielen und den übrigen tschechischen Parteien unter den künstlich in Aufregung gebrachten Wählern eine scharfe „nationale“ Konkurrenz à la Střiborný zu machen.

In blindwütiger Verfolgung dieses einzigen Zweckes haben sich nun gestern die „Narodni Listy“ ein Stückchen geleistet, das eben nur als grobe journalistische Unanständigkeit bezeichnet werden kann.

Während das Blatt in seiner ersten Ausgabe über die Senatsrede des Genossen Dr. Heller, in der er sich mit der Frage der Auslieferung der Salenkreuzer in ganz sachlicher Weise befaßte, ohne weiteren Kommentar nur kurz referiert und dabei selbst die Feststellung nicht unterläßt, daß er die Freigabe der Salenkreuzerischen Abgeordneten verurteilt hat, bietet der Senatsbericht in der dritten und letzten Ausgabe des Blattes ein ganz anderes Bild.

In den paar Stunden, die zwischen den beiden Ausgaben liegen, waren schon ein paar systemischer am Werk, um aus der Rede Dr. Hellers einen „Hauptstrichlager“ gegen die deutschen Sozialdemokraten zu machen. Mit einem fetten Titel über zwei Spalten:

Provokation der deutschen Sozialdemokraten im Senat

beginnt die Gistmischerlei und mit der aufgelegten Lüge:

In der Budgetdebatte des Senats erklärte der deutsche Sozialdemokrat Dr. Heller: Die Verfolgung der Salenkreuzer ist eine politische Persekution der Deutschen

wird die Dehampagne im Untertitel erfolgreich durchgeführt. Davon schließt sich ein aufgeregtes Interview, das allem Anschein nach sogar mit einem falschen Signum versehen wurde, um nur ja den Verdacht von dem tatsächlichen Schreiber dieser Zeilen abzulenken! Dann heißt es u. a.:

„... Gestern haben die deutschen Sozialdemokraten im Senat voll ihr nationales deutsches Gesicht gezeigt. Ihr Redner Sen. Dr. Heller trat mit einer Rede auf, die eine Provokation der Demokratie, des Sinnes für Recht und Ordnung ist. Für seine Partei erklärte er, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht für die Auslieferung der Salenkreuzerischen Abgeordneten stimmen kann, und die gesetzliche Verfolgung ihrer verächtlichen antisozialistischen Tätigkeit nannte er politische Persekution“. Er erklärte sich sogar, das Vorgehen der Gerichte der Republik mit der Verletzung des alten Österreich zu vergleichen.“

Daran schließt das Blatt weiter eine Reihe von Angriffen gegen uns und erklärt zum Schluß, daß solche Ansichten des Sprechers einer Koalitionspartei durchaus unannehmbar sind und daß es notwendig sein werde, daraus die Konsequenzen zu ziehen. — Auch in der Rede selbst wird die Verwendung von der „Persekution der Deutschen“ wiederholt.

Ueber unseren Standpunkt zur Auslieferung wollen wir mit den „Nar. Listy“ nicht rechten. Gelegenheit zur Aussprache darüber ergibt sich ja in dieser Stunde zur Genüge vor einem anderen Forum.

Aber wir müssen die „Nar. Listy“ fragen, woher sie den Rat nehmen, die Rede Doktor Hellers in ihrem Hauptpunkt grob zu fälschen und ihm zu unterstellen, daß er die Verfolgung der Salenkreuzer als „politische Persekution der Deutschen“ bezeichnet hat.

Die Herren haben und hatten Gelegenheiten, in das — unforgligerie — jenographische Protokoll Einsicht zu nehmen. An welcher Stelle hat das Dr. Heller gesagt?

Wir haben gestern die Rede Dr. Hellers bereits fast wörtlich veröffentlicht. Dort ist überaus nur an einer Stelle die Wendung „Erfolgung aus politischen Gründen“ gebraucht. Der Ausdruck „Persekution“, der einen üblen Beigehmad hat, kommt überhaupt in der ganzen Rede nicht einmal vor. — In umgekehrten Sinn, daß wir nämlich eine derartige Verfolgung gegenüber Mitgliedern der Demokratie, als gerechtfertigt ansehen, wenn diese Leute Handlungen begangen haben, welche die Demokratie über den Staat zu bedrohen imstande sind.

Wo steht es in der Rede Dr. Hellers, daß er von einer Persekution der Deutschen sprach? Hat nicht Dr. Heller gerade den Gedanken jedweder „Volksgemeinschaft“ mit den Salenkreuzern mit größter Schärfe abgelehnt?

Über haben die „Nar. Listy“, da selbst das lächerliche Mittel, eine Stelle aus dem Zu-

sammenhang zu reißen und dann ins Gegenteil umzudeuten, versagt, ja vorlegen mußte, weil Dr. Heller eben auch in ganz anderem Zusammenhang etwas derartiges nicht ausgesprochen hat, zu einer offensichtlichen Fälschung gegriffen, die dem Blatt wenig Ehre eintrugen wird!

Daß das Blatt auch sonst von dem unfauberen Mittel, die wichtigsten Teile der Rede, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Salenkreuzer wendeten, vollständig zu unterschlagen, ausgiebig Gebrauch gemacht hat, daß es ferner den Schluß unterschlägt, wo Dr. Heller ausdrücklich sagte, daß nicht die letzten im Kampf gegen den Nationalismus die deutschen Sozialdemokraten sein werden, wenn es der Nationalismus auf einen Kampf wird ankommen lassen, und daß es schließlich die Kühnheit hat, jene Stelle der Rede, in der Doktor Heller an die alte Tradition der Sozialdemo-

Oesterreich bleibt streng neutral.

Sozialdemokratische Anträge im Hauptausschuß angenommen.

Wien, 21. Febr. (M.). Der Hauptausschuß des Nationalrates hielt heute abends eine Sitzung ab, die bis nach 23 Uhr dauerte. Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab einen Bericht über den französisch-englischen Schritt und die Stellungnahme der Regierung dazu. Im Verlaufe einer längeren Debatte, an der sich sämtliche Parteien beteiligten, stellte der Großdeutsche Dr. Straßner den Antrag, die Antwort des Bundeskanzlers nicht zur Kenntnis zu nehmen, da sie der Würde eines souveränen Staates nicht entspreche. Dieser Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Ein Antrag der Regierungspartei, der Hauptausschuß nehme die Mitteilungen des Bundeskanzlers über die Erledigung der Hirtenberger Angelegenheit zur Kenntnis, wurde mit Mehrheit angenommen.

Von einem aus fünf Punkten bestehenden sozialdemokratischen Antrag, wurde Punkt 4, wonach der Hauptausschuß mit Genehmigung feststellt, daß nunmehr Aussicht bestehe, die Angelegenheit ohne jede Verletzung der Würde der Republik zu liquidieren, einstimmig angenommen. Zum Punkt 5, der strengste Neutralität Österreichs verlangt, stellte Abgeordneter Bureich einen Abänderungsantrag, wonach sich der Hauptausschuß nach wie vor zur Einhaltung strengster und gewissenhafter Neutralität gegenüber allen Bündnissen, Rüstungen und Anschlägen der Nachbarstaaten bekennen, die die Republik Österreich vor ernstlichen Gefahren bedrohen

france (und auch aller tschechischen Parteien) in österreichischen Reichsrat verweist, niemanden aus politischen Gründen auszuliefern, gleichgültig ob Freund oder Feind, als „Verleumdung des Vorgehens der Gerichte der Republik mit der politischen Justiz des alten Österreich“ zu bezeichnen, zeigt die ganze Verworfenheit dieser journalistischen Gistmischerlei von einer neuen unappetitlichen Seite.

Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, wird un schwer ersehen, aus wessen Köcher dieser vergiftete Pfeil stammt! Wir können es nur aufrichtig bedauern, daß ein Koalitionsblatt vom Range der „Narodni Listy“ so tief unter das Niveau selbst der Střiborný-Presse gesunken ist, und daß eine Koalitionspartei vom Range der Nationaldemokraten im politischen Kampf kein besseres Mittel finden kann als grobe Fälschungen von Reden politischer Gegner. Weit, sehr weit haben es diese Herren gebracht!

müsse. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Noten werden nicht beantwortet.

Wien, 21. Febr. (M.). Im Hauptausschuß gab Bundeskanzler Dr. Dollfuß eine eingehende Darstellung über die Hirtenberger Waffenaffäre und teilte über Ersuchen des Hauptausschusses den Wortlaut der französischen und der englischen Note vom 11. Febr. mit. Der Inhalt der Note entspricht der durch Zeitungsmeldungen bekannten Fassung. Der Bundeskanzler verheißte in Besprechung dieser Noten den beiden Diplomaten nicht den peinlichen Eindruck, den ihr Vorgehen auf ihn machte, und hielt den Rechtsstandpunkt fest, daß es sich in der Sache um keine Verletzung des Friedensvertrages handle. Nach der Entwicklung, die der heutige Tag brachte, schloß Bundeskanzler Dr. Dollfuß, siehe nun fest, daß der österreichische Rechtsstandpunkt tatsächlich anerkannt wird und eidlische Erklärungen nicht mehr in Frage kommen sowie von einer vierzehntägigen Frist nicht mehr gesprochen werde. Was die Vorlage der Golddokumente anlangt, müssen, wie im internationalen Verkehr üblich, den offiziellen Mitteilungen der Bundesregierung, auch wenn sie durch Dokumente nicht belegt sind, voller Glauben beigegeben werden. Bei dieser Sachlage werde der Bundeskanzler die Noten überhaupt nicht beantworten.

Vormarsch der Japaner.

Tokio, 21. Febr. (Reuter.) Die japanischen Truppen haben Peipiao in der Provinz Tschehol genommen.

Ultimatum in den Papierkorb.

Nanking, 22. Febr. (Reuter.) Der offizielle Sprecher des Außenministeriums erklärte, daß der in der japanischen Note enthaltene Vorschlag auf Schaffung einer neutralen Zone um die chinesische Mauer unsinnig sei. Gleichzeitig betonte er, daß das Ultimatum, das vom Staate Mandschukuo einlangen wird, sofort zurückgeschickt werden wird. Nach den chinesischen offiziellen Berichten halten die Chinesen noch die Stadt Nankin.

Ein gekaufter Chinesengeneral

Tschangschun, 22. Febr. (Reuter.) General Djuhueitan, Kommandant der 4. Division der chinesischen Freiwilligen stellte sich mit 15.000 Mann dem Staate Mandschukuo zur Verfügung.

Rußland und Japan.

Eine Erklärung Worschilows.

In einer Rede, die der Kommissar für das Militär- und Marinewesen, Worschilow, auf einer Tagung der Kollektivwirtschaften hielt, erklärte er zu den Kommissaren im Fernen Osten:

Moskau, 22. Febr. (Taf.) Während man von einer merklichen Besserung der Lage an den Westgrenzen der Sowjetunion sprechen könne, verbleibt der Ferner Osten weiterhin ein Abschnitt der Aufmerksamkeit des ganzen Sowjetlandes. Die diplomatischen Beziehungen zu China sind zwar vor nicht langer Zeit wieder aufgenommen worden, auch sind die Beziehungen zu Japan schon bar normal, doch kann die Tatsache nicht beruhigen, daß einzelne politische, gesellschaftliche

und begann bereits den Kampf gegen den Nanking-General Tschangschun. Sein Verrat rief unter seinen ehemaligen Freunden Bestürzung hervor.

„Anleihe des nationalen Heils“

Schanghai, 22. Febr. (Reuter.) Minister Sun erklärte, die chinesische Regierung habe zugestimmt, daß in der nächsten Zeit eine sogenannte „Anleihe des nationalen Heils“ in der Höhe von 20 Millionen Dollar ausgeschrieben werde, deren Ertrag zur Finanzierung der militärischen Operationen gegen die Japaner in der Provinz Tschehol verwendet werden wird.

Peking, 22. Febr. Nach Berichten des chinesischen Kommandanten in Jehol hatten die Japaner bei dem Zusammenstoß bei Tschaojan 300 Tote und Verletzte, während die chinesischen Verluste rund 4000 Mann betragen. Die Japaner griffen heute früh Nankin an, wurden aber durch heftiges Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen.

und hauptsächlich japanische militärische Persönlichkeiten offene Erklärungen über die Möglichkeit und sogar über die Notwendigkeit eines Krieges mit Sowjetrußland gesprochen haben. Die Sowjetunion führt in allen übrigen Staaten, auch im Fernen Osten, eine unvoreingenommene Friedenspolitik und mischt sich absolut nicht in die Angelegenheiten fremder Staaten. Die japanische Regierung hat den sowjetrussischen Vorschlag, einen Nichtangriffspakt zu schließen, abgelehnt, und die Sowjetunion kann diesen alarmierenden Umstand nicht unberücksichtigt lassen, besonders bezüglich der Verteidigung der sowjetrussischen Grenzen im Fernen Osten. Wenn sich der ausgezeichnet ausgerüsteten Armee die Kräfte der Arbeiter und der Bauernschaft anschließen, die dem bolschewistischen Gedanken treu bleiben, so erhält Sowjetrußland eine solche Kraft, die jeder Intervention standhalten kann.

Eine Zensur für Goering.

Feld über die Pflichten der Polizei.

München, 21. Febr. In seiner Rede auf einer Kundgebung der Bayerischen Volkspartei stellte der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld fest, daß jede Regierung, die vom Reichspräsidenten verfassungsmäßig gebildet werde, zu unterstützen sei, wenn sie verfassungsmäßig ihr Amt ausübe. Die Polizei müsse unter allen Umständen ihre Pflicht erfüllen, sie habe aber diese Pflicht allen gegenüber in voller Gleichheit zu erfüllen.

Reichsbannermann erschossen

Berlin, 22. Febr. In Alt-Moabit verteilte heute vormittags ein Reichsbannermann die Wochenzeitung „Freiheitskampf“ der sozialdemokratischen Partei. Mithilch verurteilte, wie das Berliner Tageblatt berichtet, ein Passant dem Reichsbannermann die Zeitungen zu entreißen. Bei dem Handgemenge zog der Angreifer eine Pistole und stredte den Zeitungverteiler durch einen Bauchschuß nieder. Der Täter flüchtete und gab auf keine Verfolger noch mehrere Schüsse ab. Endlich gelang es, ihn zu überwältigen.

Widerstand Deutschlands bei der Abrüstungskonferenz.

Genf, 22. Febr. Die Debatte im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz über die Vorschläge der französischen Delegation betreffend die Vereinheitlichung der europäischen Heeresstypen, die Einführung des kurzfristigen Militärdienstes sowie die Herabsetzung des zahlenmäßigen Standes der Armeen, haben bisher angefaßt des grundsätzlichen Widerstandes der deutschen Delegation zu dem Gesamtkomplex des französischen Planes zu keinen positiven Resultaten geführt.

In der Aussprache kam der Wunsch zahlreicher Staaten zum Ausdruck, unter gewissen Voraussetzungen dem französischen Plan beizutreten. Nur die Italiensische und die deutsche Delegation schieben die endgültige Entscheidung immer weiter hinaus in der Hoffnung, daß die Konferenz schließlich doch zu den Beratungen über das Arztematerial übergehen und die Vereinheitlichung der europäischen Heeresstypen nicht angenommen werden wird.

Ende der Militärflugzeuge?

Genf, 22. Febr. Die Kommission für die Abrüstung der Flugstreitkräfte befaßte sich heute mit der Frage der vollständigen Abschaffung der Militäraviation und den Bedingungen einer solchen Abschaffung. Die Ansichten der Delegierten gehen bisher sehr auseinander. Einige Großmächte haben die Absicht, das Militärflugwesen vollständig abzuschaffen und wollen daher die Bedingungen nicht annehmen, welche andere Staaten für die Abschaffung der Militäraviation stellen.

Vor einer Kriegserklärung in Südamerika.

Paris, 22. Febr. Die Habas aus Asuncion berichtet, wird die paraguayische Regierung dringlich den Kongreß einberufen, um von ihm die Genehmigung zu erhalten, Bolivien den Krieg zu erklären, um auf diese Weise die Lage zu klären und den anderen Ländern die Möglichkeit zu geben, ihrerseits Stellung zu nehmen.

Diktator Roosevelt.

Washington, 22. Febr. Der Kongreß hat gestern in einem Beschluß dem neugewählten Präsidenten Roosevelt eine fast diktatorische Gewalt zur Reorganisation der Ausgaben der Föderalregierung zugesprochen. Nach der Roosevelt übertragenen weitgehenden Vollmacht wird dieser das Recht haben, staatliche Behörden — Ausnahme von Ministerien — aufzulösen. Ein gültiges Veto gegen seine Anträge werden beide Kammern nach 60 Tagen nur mit Zweidrittelmehrheit annehmen können.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Warschau, 22. Febr. (P.A.Z.) Die Regierung billigte den ersten Abschnitt des Planes zur Ausführung öffentlicher Arbeiten. Hierdurch werden im laufenden Jahre etwa 30.000 beschäftigungslose Arbeiter, die jetzt vom Ministerium für soziale Fürsorge rund 31 Millionen Zloty an Unterstufungen empfangen, Arbeit erhalten. Außerdem wird gerade im Beginn der Anträge des Regierungsablaudes auf Schaffung eines Arbeitslosenfonds beraten, der es ermöglichen würde, rund 100.000 Arbeitslose zu beschäftigen.

Eine ungläubliche Nazi-Bestallität.

Hamburg, 21. Febr. (Eig. Droht.) In Altona-Edorf wurde der zwanzigjährige Arbeiterportier Walter Meher das Opfer eines ungläublichen Bestallität: ausgeführten Razzimordes.

Der Vorfall ereignete sich während eines Tanzvergnügens, an dem u. a. auch Mitglieder der freien Turnerschaft teilnahmen. Bei ihrem Eintreffen sammelten sich die schon anwesenden Nationalsozialisten vor der Tür des Lokals, scheinbar um einen Angriff vorzubereiten. Auf dem Hof trafen sie dann den Arbeiterportier Walter Meher allein an. Etwa zehn Nazis stürmten sofort auf Meher los und mißhandelten den Sportler, der der Uebermacht gegenüber wehrlos war, mit Knüppeln und Eisenjangen in fürchterlicher Weise. Ein Schlag auf den Kopf spaltete die Schädeldede, ein zweiter zertrümmerte das Schienbein. Mit den Worten: „Dem Schwein wollen wirs gründlich beizugehen“ schoß einer der Mörder dem furchtbar Zugerichteten dann eine Kugel in den Rücken, die in einer Niere stecken blieb. Während der Tat hatten die Nazis die Tür des Saales zugeriegelt, so daß Meher niemand zu Hilfe kommen konnte. Jetzt ist das unglückliche Opfer dieser feigen und dichten Tat im Krankenhaus Blankensee gestorben. Ein Teil der Täter ist bekannt. Die polizeilichen Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Durch Putsch zur Allmacht.

Berlin, 22. Febr. (Eigenbericht.) Die Meldungen ausländischer Blätter über die Vorbereitungen eines Hitler-Putsches für die Nacht des Wahltages bestärken sich. Die SPD ist von unterrichteter Seite über Hitlers Putschvorbereitungen informiert worden. Goering hat den Putschplan den SA-Führern bereits in allen Einzelheiten vorgelegt und mit ihnen durchbesprochen. Wie heute aus München berichtet wird, ist man dort seit entschlossen, zwei Stunden nach dem Ausbruch des Hitlerputsches den Extrapremier Rupprecht zum König auszurufen.

Gegen die Faschisten im Staatsdienst.

Entschiedene Stellungnahme des Genossen Dunder.

Der tschechische Genosse Dunder wandte sich — ähnlich wie seinerzeit Genosse Hampf im Abgeordnetenhaus — in der gestrigen Budgetdebatte im Senat in schärfster Weise gegen die Faschisten.

Wir wissen, erklärte Dunder mit allem Nachdruck, daß die Beseitigung der Demokratie und die Einführung der Diktatur nur auf Kosten der arbeitenden Klasse geschehen könnte und die Vernichtung ihrer politischen und bürgerlichen Freiheit bedeuten würde. Zu diesen Konsequenzen führt jede Diktatur und deshalb sind wir für die Demokratie, die wir schützen und unter Mithilfe aller fortschrittlich denkenden Menschen auch erhalten werden. Gewisse Erscheinungen in den letzten Wochen haben gezeigt, daß es notwendig ist, in unserem Staate Ordnung zu machen. Es gibt viele ordentliche Leute, die dankbar wären, wenn sie dem Staate ehrlich und gewissenhaft dienen könnten. Gibt es aber im Staatsdienst Leute — und gar gezahlte — die Mißtrauen verbreiten und auf einen Zerfall hinarbeiten und die in ihrer amtlichen und außeramtlichen Tätigkeit die Feinde der Demokratie unterstützen, so haben sie im Staatsdienste nichts zu suchen!

Als heftiger Gegner jeder Frauenarbeit in den Büros und Betrieben erwies sich gestern im Senat der tschechische Agrarier Sechitz. Er machte auf die übermäßige Beschäftigung von Frauen in öffentlichen und privaten Diensten aufmerksam. Das sei ein Uebelbleißel aus der Kriegszeit, wo die Männer an der Front standen und die Frauen ihre Stelle ausfüllen mußten. Er forderte nachdrücklich, daß die Frauen wieder ihren Familien zurückgegeben würden und die Männer ihrer Arbeit, damit die Frauen nicht die Männer erhalten müßten. Darin erblickte er eines der Rezipite (Sechitz sagte: „Rezeptive“) zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Änderungen an der Gebührenvorlage? Der verfassungsrechtliche Ausschuß des Senats hat gestern beschlossen, zur Beratung der neuen Gebührenvorlage ein dreigliedriges Subkomitee aus den Senatoren Dr. Milota, Dr. Heller und Dr. Beseley einzusetzen. Das Subkomitee hat die Aufgabe, zu einigen Paragraphen Änderungen vorzubereiten. Im Budgetausschuß wurde über Antrag des tschechischen Genossen Modraček die Verhandlung der Stuhlhamptsteuer zum Zwecke neuer Beratungen in den Klubs vertagt. Zur nächsten Sitzung soll der Finanzminister eingeladen werden.

Alle Kulturorganisationen nehmen geschlossen am Frauentag, 12. März teil.

Das Reich der Militärattachés

Berlin, 22. Feber. Die deutsche Regierung beabsichtigt der „Vossischen Zeitung“ zufolge außer Militärattachés bei den ehemals alliierten Regierungen auch einen Militärattaché für Wien zu ernennen. Für diesen Posten soll der Generalleutnant a. D. Muff ausreichen sein.

Neue Zeitungsverbote.

Berlin, 22. Feber. Die in Berlin erscheinende Druckschrift „Die Tribüne“ wurde bis 30. August verboten. — In Krefeld wurde die „Niederheinische Volkszeitung“ beschlagnahmt, weil sie ein von der Zentrumspartei Krefeld an Goering gerichtetes Telegramm veröffentlichte. — Aus dem gleichen Grunde wurde auch der Dortmunder „Generalanzeiger“ beschlagnahmt.

Zur Vernichtung des deutschen Volkes.

SS-Leute als Hilfspolizisten.

Dortmund, 21. Feber. (Via Draht.) In einzelnen Polizeipräsidien des Westens wie in Köln, Aachtinghausen, Essen usw. sind eine größere Anzahl SS-Leute als Hilfspolizisten eingestellt worden.

Keine Nazi-Koalition in Hamburg.

Die Deutsche Staatspartei teilt zu den auch vom „Proger Tagblatt“ in knalliger Aufmachung mitgeteilten Nachrichten über eine Koalition in Hamburg folgendes mit:

Die Mittelungen aus Hamburg, wonach die dortige Staatspartei eine bürgerliche Koalition einschließlich der Nationalsozialisten mitmachen wolle, um eine Neubildung des Senats unter Ausschluß der Sozialdemokratie zustandzubringen und gleichzeitig die Auflösung der Bürgerchaft zu verhindern, haben sich als falsch erwiesen. Daß solche Anfinnen von rechts gestellt worden sind, ist ebenso richtig wie ihre Ablehnung durch die Hamburger Staatspartei. Der derzeitige regierende Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen würde übrigens, wie er uns zu erklären ermächtigt, auf einer solchen Grundfrage weder einen Sitz im Senat übernehmen, noch sein Mandat in der Bürgerchaft behalten.

Der Schmuggel an der böhmisch-sächsischen Grenze.

Schmuggel mit Photoapparaten.

Vor einiger Zeit beschlagnahmten Organe der tschechoslowakischen Finanzwache in einem Rodziolal in Weipert zwei Radioapparate und etliche dazugehörige Geräte, die von Paschern im Auftrage eines Proger Kaufmannes bei Pärenstein aus Sachsen über die Grenze nach Böhmen gebracht worden waren. Einzelne Mäpfer brachten über diese Affäre übertriebene Berichte und behaupteten, daß ein ganzes Lager von Rundfunkapparaten beschlagnahmt und etliche Verhaftungen vorgenommen worden wären, daß im Zusammenhange mit der Angelegenheit Hausdurchsuchungen in Prag, Komotau und Tepliz vorgenommen worden seien u. a. m. In Wirklichkeit handelt es sich bei der von Weipert nach Komotau und Tepliz und weiterhin nach Nordböhmen reichenden Paßschleife nicht um den an sich geringfügigen Schmuggel der beiden Rundfunkapparate, sondern um größere Posten von Photoapparaten, die „Schwarz“ aus Sachsen nach Böhmen gebracht und von Weipert aus ins Landesinnere geschickt worden sind. In die Angelegenheit sind etwa zwölf Personen verwickelt, gegen die von Seite der zuständigen Finanzbehörde das Verfahren eingeleitet worden ist und bei denen z. T. auch Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Die Erhebungen sind bisher noch nicht völlig abgeschlossen, aber sicher ist jedenfalls, daß es sich hier um einen Schmuggel von beträchtlichem Umfange handelt, bei welchem beträchtliche Werte auf dem Spiele standen und bei welchem die Zollstrafen ganz beträchtliche Ausmaße erreichten.

Ausgebrochener Paßcher.

Dieser Tage wurde ein junger Mann aus Weipert von der deutschen Zollstelle in Pärenstein bei dem Versuch, Ware aus Böhmen nach Sachsen zu schmuggeln, festgehalten und dem Ge-

meindearreste zugeführt. In der Sonntagnacht ist es ihm gelungen, aus der Haft zu entweichen, indem er sich durch die eisernen Gitterstäbe seiner Zelle durchzwängte und sich schleunigst wieder über die Grenze nach Böhmen zurückbegab.

Böhmischer Pfeifentabak in Sachsen sehr gefragt.

Unter der Pascherware, die aus Böhmen nach Sachsen gebracht wird, spielt seit langem der böhmische Pfeifentabak eine hervorragende Rolle, denn die Pfeifenraucher Sachsens bevorzugen die böhmische „Mischung“ in besonderer Weise, so daß die meisten Schmuggler diesem Zweig ihres Geschäftes besondere Aufmerksamkeit zuwenden, um so mehr, als sich nur wenige böhmische Erzeugnisse für den Schmuggel nach Deutschland eignen. Der Zoll- und Straßas für gepackten böhmischen Tabak ist außerordentlich hoch, aber trotzdem befaßen sich ganze Organisationen in Sachsen mit dem heimlichen „Import“ dieses Produktes, für das sie ein weites, unerforschliches Abzugsgebiet haben. Dieser Tage wurden mehrfach im Grenzabschnitt Weipert-Annaberg Paßcher mit böhmischen Pfeifentabak von Organen der Zollbehörde stollig gemacht und beträchtliche Mengen der Pascherware beschlagnahmt. Es wurden auch Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei ganz ansehnliche Vorräte dieses von den deutschen Pfeifenrauchern so begehrten Rohmaterials vorgefunden wurden. Dem sächsischen Staatsfiskus fallen in jedem Einzelfall namhafte Strafbeträge zu. Doch der Schmuggel mit diesem Produkt immer mehr in Schwung kommt, erklärt sich aus der Tatsache der immer mehr zunehmenden Erwerbslosigkeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet.

Tagesneuigkeiten

Neu-Anrollung des Falles Salus-Klaster?

Kerzlerat prüft das Urteil der Sachverständigen.

Wie die „Libove Roviny“ meldet, ist der Fall der Frau Dr. Salus-Klaster, die vor wenigen Monaten im Endernehmen mit ihrer Schwester ihren schwerverletzten Neffen Peter Pochobradský aus Mitleid tötete, Gegenstand weiterer Untersuchung. Frau Dr. Salus-Klaster und ihre Schwester, die Mutter des verunglückten Schülers, Jda Pochobradský, wurden im Kreisgericht in Chrudim auf ihren Geisteszustand im Augenblick der Tat untersucht und das Strafverfahren wurde bekanntlich auf Grund eines Sachverständigengutachtens der Chrudimer Kerzler Bodrouzek und Muff, die die beiden Frauen im Augenblick der Tat für unzurechnungsfähig erklärten, eingestellt. Die Staatsanwaltschaft beantragte bei der Kammer, das Sachverständigengutachten durch den Kerzlerat prüfen zu lassen. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Erst das Prager Obergericht gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, so daß das Urteil der Chrudimer Sachverständigen einer neuerlichen Untersuchung unterzogen wird. Sollte sich der Kerzlerat mit dem Gutachten der Sachverständigen nicht identifizieren, wäre ein Strafverfahren gegen die beiden Frauen zu gewärtigen.

wird, sichergestellt. Gegen die führenden Rationierdieser Organisation deren Tätigkeit sich auf etwa 50 Ortsverbände der proletarischen Körpererziehung im Ostrauer Gau erstreckte (die Ortsverbände sind auf Vereinsgrundlage legal gebildet), wird nach Ueberprüfung des sichergestellten Materials das entsprechende Strafverfahren eingeleitet werden.

Der kopflose Amtschimmel.

Wann wird die Vernichtung von Lebensmitteln im Zollverfahren einmal aufhören?

In seiner Budgetrede brachte Genoss. Poff gestern auch die — von uns wiederholt schon angeprangerte — ungläubliche Bilanzleistung unseres Amtschimmels zur Sprache, der selbst in der heutigen Zeit der größten Not und Entbehrung es noch immer zustandbringt auf Grund direkt mittelalterlicher Anordnungen und Befehle beschlagnahmte Nahrungsmittel bei einzelnen Zollämtern einfach zu vernichten, statt sie an Bedürftige, ja Hungernde zu verteilen.

So wurden kürzlich von der Zollbehörde in Oberberg 47 Zentner Orangen einfach in die Ode geworfen. Als Arbeitslose diese Orangen für ihre Kinder herausfinden wollten, wurde Gendarmerie aufgeschoben, um dieses große Verbrechen hintanzuhalten. Bereits im Vorjahre wurden im Schloßhof von Neu-Oberberg zwei Waggons Hüner vernichtet und eines Tages vier Waggons Aepfel vergraben und noch mit Fauche übergossen, um sie so für jeden menschlichen Genuß ungeeignet zu machen.

Geißt werden die Finanzorgane diese Handlungsweise mit Befehlen und Verordnungen belegen und rechtfertigen können, aber in der heutigen Zeit des Notstandes der Massen sollte man mit derartigen Verordnungen doch einmal aufhören und beschlagnahmte Lebensmittel unter entsprechender Kontrolle lieber zur Verteilung an Arbeitslose freigeben!

14 Soldaten durch Explosion verlegt.

Zemberg, 22. Feber. Bei einer militärischen Übung in Zanol ließ ein Soldat durch einen unglücklichen Zufall eine in Brand gesteckte Petarde auf ein Fah mit Pulver fallen. Es erfolgte eine Explosion, bei der 14 Soldaten verletzt wurden, von denen sieben in bedenklichem Zustand in das Krankenhaus nach Přemysl gebracht wurden.

Academie der Feiglinge. Unter diesem Titel berichtet die „Arbeiter-Zeitung“ über die Stellungnahme der deutschen Dichterkademie (die Abteilung Dichtkunst der Akademischen Künste) zu dem Austritt ihres bisherigen Präsidenten Heinrich Mann. In der Aussprache sei man übereingekommen, den Streikfall ganz unpolitisch behandeln zu wollen. Es werde kein weiteres Mitglied der Dichterkademie seinen Austritt erklären. Einstimmig sei eine Erklärung angenommen worden, die Heinrich Mann den herzlichsten Dank für seine Verdienste um die Akademie ausspricht. Diese Erklärung sei dem Präsidenten der Akademie der Künste, Professor v. Schilling, zugeleitet worden. Und dazu schreibt nun die „Arbeiter-Zeitung“: Wenn diese Meldung richtig ist — und man kann an ihrer Richtigkeit nicht zweifeln, denn außer Thomas Mann hat kein einziger deutscher Dichter ein Wort des Protestes gegen

die Anechtung des deutschen Geistes durch das faschistische Bananenfium gefunden —, so hat sich die lebende deutsche Dichtergeneration für alle Zeiten mit Schimpf und Schande bedeckt. Der Präsident der Dichterkademie wird von einem hergelaufenen Reichskommissar aus der Akademie hinausgeworfen, weil er eine Kundgebung für die Einheit des Proletariats unterzeichnet hat. Und die Mitglieder der Akademie erklären, diesen frechen Uebergriff als ganz unpolitischen „Streikfall“ behandeln zu wollen. Man könnte diese Feigheit nicht einmal dann verzeihen, wenn in der Dichterkademie lauter arme Teufel säßen, die um ihren Erwerb zittern. Aber unter ihnen sind angesehenen Schriftsteller, die aus ihrer literarischen Tätigkeit reiche Einkünfte beziehen. Nicht aus Neulustchen sie, sondern um sich mit den Verzeihen zu verhalten. In der ganzen deutschen Geistesgeschichte — selbst nicht im Weltkrieg — findet sich kein Beispiel solcher Schmach. Es ist fast genau ein Jahrhundert her, daß der König von Hannover die Verfassung seines Landes gebrochen hat. Damals fanden sich an der kleinen Göttinger Universität sieben Professoren, unter ihnen die Brüder Grimm, die Amt und Würden hinwarfen und gegen den Verfassungsbruch protestierten. Die Verfassungsbrüche, die heute in Deutschland an der Tagesordnung sind, nehmen die bürgerlichen Vertreter der deutschen Geisteswelt kaum hin. Und wenn ihnen ein hakenkreuzerlicher Völkchopahat ins Gesicht spuckt, so sagen sie, es war unpolitisch. Damit werden sie vielleicht ihren Freunden retten. Ihre Ehre haben sie verloren.

Das Befinden des verletzten Bürgermeisters von Chicago Cermal hat sich verschlechtert, da der Patient an einem Darmkolik leidet. — Die Verteidiger des Attentäters Jangara haben beschlossen, gegen das Verbot keine Berufung einzubringen.

Ein Minister im Staatsgefängnis. Der ehemalige perische Minister Tejmur Tach wurde da er an starken Herzkrämpfen leidet, in das Spital des Staatsgefängnisses gebracht. Die Behörden ordneten an, daß das gesamte Personal des verhafteten Ministers beschlagnahmt und der Erlös zur Befreiung der vom Staate gegen ihn geltend gemachten Forderungen verwendet werden.

In der Tatra wurde Dienstag durch eine Schneelawine auf polnischer Seite eine Expedition verhehrt. Infolge der energischen Rettungsarbeiten konnten zwei der verschütteten Touristen rechtzeitig geborgen werden. Dagegen wurde die 25jährige Lehrerin einer Krakauer Volksschule, Camilla Remens, erst am nächsten Tage als Leiche geborgen.

Die tanzen die Diebe. Beamte der Berliner Kriminalpolizei haben nach längerer Beobachtung das an der Weidendamer Brücke gelegene Tanzinstitut „Romana“ aus Zwanzig Eindieher und Dieber wurden festgenommen. Bedeutende Mengen Diebesgut — u. a. ein großer Posten in Leipzig gestohlener Felle, außerdem mehrere Tennisbällen — konnten beschlagnahmt werden.

Dreizehn Seelen ertranken. In der Nordspanischen Westküste sind ein Fischdampfer und eine Motorbohrfasse im Sturm gescheitert. Dreizehn Seelen ertranken.

Kristentod. In Manila (Philippinen) beendete der aus Dresden stammende Künstler Brodbeck während einer Vorführung seiner Kammer-Tanz „menschliche Kanonenkugel“ beim Rückzug ins Reich das Rückgrat und verschied nach kurzer Zeit.

Neun Mann ertranken. Der deutsche Fischdampfer „Brigitte Sturm“ übertrat außerhalb des Hafens von Reiffjavi ein eisiges Fisches Fischerboor, das sofort sank. Neun Mann ertranken, acht wurden gerettet.

Eindbruch in eine Drogerie. In der Nacht auf Mittwoch wurde in der Drogerie der „Union“ in Pilsen ein Eindbruch verübt, wobei verschiedene photographische Apparate und Gegenstände im Werte von etwa 10.000 Kč entwendet wurden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein feiner Vereinspräsident. Großes Aufsehen erregt in Leipzig die Verhaftung des Präsidenten des Interessenerbundes der Kraftfahrer und Sachverständigen für das Kraftfahrwesen am Landgericht in Leipzig Eugen Lauber. Lauber wurde wegen Meineides, Kontursüßerben und anderer Verbrechen ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Künstlerische Währung. Der amerikanische Finanzfachmann Harrington macht in einer New Yorker wirtschaftspolitischen Zeitung den Vorschlag, die amerikanischen Kunstschätze zur Grundlage einer neuen amerikanischen Währung zu machen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen Freitag.

- Prag: 11.00 Schallplatten. 17.00 Konzert. Zergophonkonzert. 20.15 „Siegfried“, Oper von Wagner. 23.00 Wettkampfschiff im Elisabeth — Bräun. 16.00 Glasmaul — Berlin: 15.35 Harmonik. 19.00 Schlozer. — Breslau: 21.00 Kammermusik. Kuchlader: 19.10 Lieder und Balladen. 23.00 Tanzmusik. — Hamburg: 19.30 Cellolonzert. — Rostock: 18.30 Züher-Trin. — Langenberg: 20.00 20.15. — Wetzlar: 20.00 Glasmaul. — München: 20.00 Orchesterkonzert. — Wien: 18.45 Musik der Nationen. 18.55 Berufsbeschäftigte. 19.00 Duos für Violinen.

PRAGER ZEITUNG.

Deutsches Theater in Not — Deutsches Haus im Ueberfluß!

Eine Generalversammlung des Deutschen Hauses in Prag soll heute über die geplante Aufführung eines neuen Gebäudes hinter der Grabenfront entscheiden; das Geld für diesen Neubau steht zur Verfügung — es handelt sich um die Kleinigkeit von dreizehn Millionen Kronen...

Wir sind im allgemeinen nicht sehr interessiert daran, was die Herren und Damen vom Kasino mit „ihrem“ Gelde machen; und wir hegen auch nicht sehr viel Hoffnung, daß das Bürgertum, und besonders das von Prag, sich von uns überzeugen liße, welche Verwendung des Deutschen Haus-Kapitals die richtigste wäre. Aber im Zusammenhang mit den ganz anderen Nöten unserer Zeit wirkt der Plan, just jetzt dreizehn Millionen Kronen für einen Kasino-Neubau auszugeben, doch aufreizend. Man wird, auch wenn man an der national-gesellschaftlichen Bedeutung dieses Kasinos nicht vorübergeht, doch nicht leugnen können, daß es sich hier vor allem um eine Stätte der Geselligkeit, der Repräsentation und des Vergnügens handelt, um einen Hort der bürgergesellschaftlichen Zerstreuung, so daß man meinen sollte, daß sich selbst unter der Prager deutschen Bourgeoisie etliche finden müßten, die in unserer Zeit arbeitslosen Elends eine prunkvolle und kostspielige Erweiterung des Baues als nicht sehr dringend betrachten.

Aber noch ein anderer Zusammenhang drängt uns, das Kasino-Neubau-Projekt in aller Ehrfurcht zu betrachten. Zur selben Zeit nämlich, da Kasinotanten sich die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie die schweren Millionen am besten placieren könnten, sucht das Prager deutsche Theater durch Hundertkronen-Patronatscheine die Gefährdung seiner Existenz zu mildern. Man hat nichts davon gehört, was denn das Deutsche Haus, das in Goethe-, Hauptmann- und Wagnerjahren sich schließlich auch an kulturelle Dinge erinnern konnte, außer dem Bestreben, seinen Tarodisten und Bridgspielertinnen neue und schönere Räume zur Verfügung zu stellen, für das in Reden so großartig gefeierte deutsche Volk geplant oder gar getan hätte!

Das besonders Groteske aber und für Prag typische ist der Umstand, daß es ja

größtenteils dieselben Leute sind, die sowohl im Deutschen Theaterverein als auch im Deutschen Haus entscheiden.

Wir lassen uns natürlich, falls wir uns mit dieser Behauptung irren sollten, von den Herren Dr. Jdelauer und Dr. Fuhs gern eines anderen belehren! Oder auch Herr Dr. Vacher, der am Sonntag so bewußt als Sprecher den „Waffäre“-Besuchern die Not des Deutschen Theaters schilderte und sie zur Zeichnung von

Hundertkronenscheinen aufforderte, könnte uns darüber Aufschluß geben, was er denn im Deutschen Haus, wo er gleichfalls eine Rolle spielt, gegen die Not des Deutschen Theaters getan hat! Meint er nicht, daß es ein unföhllicher Widerspruch ist, für das Deutsche Theater mit Hundertkronen-Aktionen einzutreten, während das Deutsche Haus der eigenen gesellschaftlich-repräsentativen unterhaltlichen Bestimmung dreizehn Millionen zuführen will? Glauben die Herren nicht, daß dem Deutschtum Prags wenig geholfen sein wird, wenn es in ein paar Jahren zwar ein noch schöneres Kasino, dafür aber vielleicht ein im Niveau schwer abgeglittenes Theater haben wird? Und nebenbei gesagt: der Neubau der „Urania“ kostet etwa 3,5 Millionen Kronen — für einen neuen Tanzsaal, für neue Klubräume im Kasino sind dreizehn Millionen da?

Die Herren werden verstehen, daß angesichts solcher zerrissener Tatsachen unsere alte Überzeugung von dem Unterschied zwischen nationaler Phrase und nationaler Tat des deutschen Bürgertums ihren erhöhten Glanz erhält. Es ist dieselbe Gesellschaft, die Parkeit und Logen des Deutschen Theaters füllt (oder nicht füllt), dieselbe Gesellschaft, die im Kasino ihre Burg hat. Dieselben Repräsentanten dieser Gesellschaft geben den Ton sowohl im Theaterverein wie im Deutschen Haus an.

Nur daß sie eben von der Kultur mehr reden, im Kasino aber sich mehr „betätigen“;

daß ihnen das Tarod doch näher liegt als die deutsche Kunst!

Natürlich gibt es, wie überall, so auch hier Ausnahmen. Und im Hinblick auf diese wollen wir doch annehmen, daß man in letzter Stunde von den dreizehn Millionen doch wenigstens etliche kulturellen Zwecken zuführt statt sie für ein neues Kasino-Café und für eine Kasinotanten-Regelbahn verbauen zu lassen.

Man komme uns nur ja nicht mit der kolossal „sozialen“ Erkenntnis, daß der Neubau vielen Arbeitern und Handwerkern Beschäftigung geben werde! Vielleicht einem Hundert für ein halbes Jahr. Schätze man aber etwa einen Fonds für das Deutsche Theater, so könnte man zur Sicherung von hunderten Existenzen auf Jahre hinaus sorgen — und dabei eben den kulturellen Hauptzweck auf Prager Boden erfüllen: wirklich nationale Stätten zu sichern! Natürlich müßte im Hinblick auf alle Erfahrungen vorweg dafür vorgesorgt werden, daß ein solcher Theatersfonds richtig und kontrollierbar nur für eine gesunde, sparsame und den Verhältnissen angemessene Wirtschaft des Theaters verwendet werden dürfte.

Gerichtssaal

Eine Kindesweglegung

Unüberlegte Tat eines ratlosen Vaters.
Prag, 22. Feber. Anklagen wegen Kindesweglegung gehören nicht zu den alltäglichen Prozeßfällen. In der Regel handelt es sich in solchen Fällen um die Verzweiflungstat einer ratlosen Mutter, die keine Möglichkeit sieht, ihr Kind zu nähren und aufzuziehen. In diesem Fall aber stand ein Mann, ein Familienvater unter Anklage vor dem Senat der O.M. Sitta.

Der Angeklagte ist Schneidergehilfe und seine Familie wohnt in Brandeis. Er selbst ist in Prag angestellt, wo er auch die Wode über in Udermiste wohnt. Im Juni 1931 kam er eines Samstags nach Hause nach Brandeis, sondern mochte sich in Prag mit einigen Bekannten einen feinen Abend, wobei sein Wochenverdienst zum Wusel ging. Seine Frau, die kein Geld bekam und nichts zu leben hatte, fuhr nach Prag und holte den pflichtvergessenen Gatten abends von seiner Arbeitsstätte ab. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß die erregte Frau ihr zweieinhalb Monate altes Kind, das sie mitgebracht hatte, ihrem Mann in die Arme legte und davonließ. Dabei rief sie ihm zu, er solle sich wenn er Geld für leichte Frauennimmer habe, auch um ein Kind kümmern.

Der Mann wußte keinen Rat. Er stand da mit dem Säugling auf dem Arm und hatte keine Ahnung, was er mit dem Kind anfangen solle. Er versuchte auf den Rat eines Bekannten, das Kind in der Zirkover Krippe unterzubringen, aber diese Anstalt war schon geschlossen. Nach längerem Umherirren legte der ratlose Vater das eingewickelte Kind schließlich auf der Gehsteig vor der Filiale der Goddardanstalt ab und ging davon. Dieser Anstalt nahm sich keiner an und am nächsten Tag bereits erschien die Mutter des Kindes und holte es ab. Die Ehegatten hatten sich in der Hoffenzeit veröhnt und der Familienvater seine leichfertige Tat gebüßt.

Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Einverzett wurde der Angeklagte freigesprochen. Auf Grund der Nichtgenügsamkeit verurteilte das Oberste Gericht den Fall zur neuerlichen Verhandlung an die erste Instanz zurück. Der

Gerichtssaal

Eine Kindesweglegung

Unüberlegte Tat eines ratlosen Vaters.
Prag, 22. Feber. Anklagen wegen Kindesweglegung gehören nicht zu den alltäglichen Prozeßfällen. In der Regel handelt es sich in solchen Fällen um die Verzweiflungstat einer ratlosen Mutter, die keine Möglichkeit sieht, ihr Kind zu nähren und aufzuziehen. In diesem Fall aber stand ein Mann, ein Familienvater unter Anklage vor dem Senat der O.M. Sitta.

Der Angeklagte ist Schneidergehilfe und seine Familie wohnt in Brandeis. Er selbst ist in Prag angestellt, wo er auch die Wode über in Udermiste wohnt. Im Juni 1931 kam er eines Samstags nach Hause nach Brandeis, sondern mochte sich in Prag mit einigen Bekannten einen feinen Abend, wobei sein Wochenverdienst zum Wusel ging. Seine Frau, die kein Geld bekam und nichts zu leben hatte, fuhr nach Prag und holte den pflichtvergessenen Gatten abends von seiner Arbeitsstätte ab. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß die erregte Frau ihr zweieinhalb Monate altes Kind, das sie mitgebracht hatte, ihrem Mann in die Arme legte und davonließ. Dabei rief sie ihm zu, er solle sich wenn er Geld für leichte Frauennimmer habe, auch um ein Kind kümmern.

Der Mann wußte keinen Rat. Er stand da mit dem Säugling auf dem Arm und hatte keine Ahnung, was er mit dem Kind anfangen solle. Er versuchte auf den Rat eines Bekannten, das Kind in der Zirkover Krippe unterzubringen, aber diese Anstalt war schon geschlossen. Nach längerem Umherirren legte der ratlose Vater das eingewickelte Kind schließlich auf der Gehsteig vor der Filiale der Goddardanstalt ab und ging davon. Dieser Anstalt nahm sich keiner an und am nächsten Tag bereits erschien die Mutter des Kindes und holte es ab. Die Ehegatten hatten sich in der Hoffenzeit veröhnt und der Familienvater seine leichfertige Tat gebüßt.

Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Einverzett wurde der Angeklagte freigesprochen. Auf Grund der Nichtgenügsamkeit verurteilte das Oberste Gericht den Fall zur neuerlichen Verhandlung an die erste Instanz zurück. Der

Lesen
Bücher
Wissen gibt Macht

Schenkt
Bücher zu jedem
Fest!

Bücher sind
Freunde
Bücher sind
Gefährten

Eine
Anzeige
immer!

Alle Rheumatiker müssen diese Anzeige unbedingt im eigenen Interesse lesen:

HERVEA (Diätetikum)

eine wunderbare tropische Pflanze, von der man einen wohlgeschmeckenden Tee auf einfache Art zubereitet, bringt Ihnen Erleichterung, Lebensfrische und Gesundheit, sie schneidet die Harnsäure ab und verbietet deren übermäßige Ansammlung im Körper.

Tausende begeisterte Dankschreiben aus allen Gegenden haben wir in kurzer Zeit bekommen und viele bekannte Ärzte haben sich bereits lobend über die Wirkung des HERVEA (Diätetikum) ausgesprochen. Einige sozialistisch-bestaunte Urteile aus dem Publikum: Frau M. Rätzke in Chocerady schreibt: „Leide schon einige Jahre an Rheumatismus und war einmal ohne Erfolg in Bädern. Vor kurzem las ich Ihre Anzeige über HERVEA kaufte mir den Tee und nach Gebrauch konnte ich feststellen daß die Schmerzen nachließen und nach kurzem Gebrauch vollkommen verschwanden. Jetzt trinke ich den Tee regelmäßig zweimal täglich, fühle keine Schmerzen und bin Ihnen wirklich dankbar daß Sie mich vor meinen furchtbaren Schmerzen befreiten.“ Frau L. S. in Prag, Buchmalká 12, schreibt: „Der Tee ist angenehm zu trinken und ich fühle mich täglich wohler und frischer.“ Herr F. Ordelt in Wolkowich schreibt: „Den Tee habe ich erhalten und fühle bereits eine große Besserung nach dem ersten Paket.“ Herr U. K. in Prag XI, Havlickova 4, schreibt: „Nach dreiwöchigem Gebrauch von HERVEA kam ich den Erfolge nicht genug loben zu ich empfand eine Überraschung. Meiner Pfleger hat keinen Erfolg, ich kann AUS VOLLSTER ÜBERZEUGUNG SAGEN DASS ICH BEREITS NACH EINEM PAKET HERVEA DURCHDRINGENDE ERFOLGE verspüre. Meiner Frau habe Veranlassung sie trinkt den Tee ebenfalls mit bestem Erfolge. HERVEA ist einfach ein Unikum.“ So lauten die Urteile, die uns in den letzten Tagen von begeisterten HERVEA-Trinkern gekommen sind. Wollen Sie jetzt nicht auch einen Versuch machen, um sich von dem quälenden Leiden zu befreien? Wir geben Ihnen die Möglichkeit eines Versuches ohne daß Ihnen irgendwelche Kosten entstehen. Schreiben Sie uns noch heute, kleben Sie den Gratikupon an und wir schicken Ihnen vollkommen umsonst eine kleine Menge Tee damit Sie sich von dessen vorzüglichem Wirkungen selbst überzeugen können. Es kostet Sie nichts und Sie werden es nie bereuen.

H. J. Lee, Vegetabilien-Größhandlung, London.
In der Tschechoslowakischen Republik Gratikupon nur bei: BRAUNERS APOTHEKE ZUM WEISSEN LÖWEN, PRAG II, Pflöpy 12.



Entree eine Festabendheit, Unfähigkeit und müßeliche Unfähigkeit feststellen, für die Rudolf Bodemann, auch wenn er weißlos überzeugt hätte, nicht hätte entschuldigen können. Bodemann, mit dem prägnanten Organ und dessen vornehmer Behandlung immer für sich einnehmend, hatte als Doperatte und Mikale ein paar sehr starke Momente, ließ aber das Grandiose und Dämonische sowohl im Stimm Ausdruck als auch im Darstellertischen vermischen. Solist Eindruck und Wirkung der Zwiegararie (übrigens der einzige Szenen-Applaus!) waren nicht eben bedeutend. Der Giulietta-Akt ging, vor allem durch die Ungleichheit der Frau helm in dieser Partie, ganz daneben. Sonst: verblüffende Temp. dynamische Reizlosigkeit. I. g.

Freitag: „Siegfried“. Beginn 8 1/2 Uhr. Dirigent: Kienzl. Theo Strauß, Rudolf Bodemann, Rose Renet, Gerstin Thorborg, Räte Walter, Josef Busch, Magnus Andersen, Max Koller (2. und Extra-Abonnement).

Sonntag, 168 Uhr: Feix Kortner als Jor Panlin in „Patriot“ von Alfred Neumann.

Dienstag: Abschied Rudolf Bodemann: „Die Weiserlinger von Nürnberg“ (H. I.), Gutheine unguiltig.

Diskussion über Oedipus. Im Anschluß an den Abend moderner Franzosen soll erstmalig der Besuch gemacht werden, Publikum und Schauspieler zu einer Diskussion über den Inhalt des Stückes und über die darin aufgeworfenen Fragen zu vereinigen. Die Diskussion findet am Sonntag, den 5. März, vormittags 11 Uhr in der Kleinen Bühne statt, und zwar als gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Theaters und der Urania. Vor allem sind die Besucher der Mittwochvorstellung hierzu geladen.

Freitag, 8 Uhr: Alkoholikerg. Lichtbilderortrag, Refekal. Eintritt frei. Guttemplerloge „Prag“.

Wochenplanplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 168 Uhr: „Mädchenjahre einer Königin“ (E. D.). — Freitag, 167 Uhr: „Siegfried“ (D. H.). — Samstag, 168 Uhr: „Rustum Sul“ (Erstaufführung).

Wochenplanplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Salon Pipelberger“ — „Die schöne Galathee“ — Freitag, 8 Uhr: „Balais Royal“ (Kulturverbandsfreunde) — Samstag, 8 Uhr: „Fatime“ (Erstaufführung).

schwer machten, waren im letzten Drittel mit Kräftigen vollkommen fertig.

Das zweite Treffen brachte den erwarteten Sieg Amerikas über Polen ebenfalls mit 4:0. Die Amerikaner gingen nicht ganz aus sich heraus; sie ließen im ... Drittel die Polen etwas aufkommen ankommen waren sie die Herren der Situation. Die Spiele wurden Mittwoch nachmittags vor mehr als 4000 Zuschauern fortgesetzt.

Deutschland siegt gegen Polen 4:0 (2:0, 0:0, 2:0). U.S.A. gegen Polen 4:0 (3:0, 0:0, 1:0).

Abends siegte die Tschechoslowakei über die Schweiz mit 1:0, das Maledeh im zweiten Drittel erzielte. Es war wohl reich an Spannung, doch zeigten beide Mannschaften ein typisches Verteidigungsspiel.

Im zweiten Spiele schlug in schnell wechselnden und fairen Kämpfe Kanada verdient Oesterreich 4:0. Die Kanadier sind technisch ausgezeichnet.

Donnerstag 9 Uhr: Kanada—Ungarn, Polen—Schweiz 8 Uhr: Amerika—Tschechoslowakei, Deutschland—Oesterreich. Für die Donnerstag-Spiele sind bereits alle Plätze ausverkauft.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Achtung! Deutsche Reichsangehörige! Zur Wahl am 5. März können auch Reichsdeutsche Staatsangehörige ihre Stimme abgeben. Wir ersuchen alle in Betracht kommenden Genossen und Freunde, sich wegen näheren Auskünften sofort an den Bezirksvertrauensmann Grössen Richard Schönfelder, Prag II, Jüngerstraße 4 (Telephon 51351) zu wenden.

Literatur

Das Gesetz über die Entschädigung aus Anlass von Berufskrankheiten ist mit 1. Juli 1932 in Kraft getreten. Es ist eine sehr notwendige Ergänzung der Unfallversicherungsgesetze, daß bestimmte Berufskrankheiten, die in einer Folge zum Gesetz besonders angeführt sind, in der Entschädigung den Berufsunfällen gleichgestellt werden. Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei Reichsbrot hat in ihrem Verlage das Gesetz mit einer Erläuterung herausgegeben. Die Broschüre enthält außerdem die von der Prager Unfallversicherungskommission an die Krankenterversicherungsanstalten erlassenen Richtlinien über die Anmeldung der Berufskrankheiten und die Hauptgrundzüge für die Entschädigung von Berufskrankheiten. Die Broschüre ist in erster Linie für Arbeiter und Angestellte gedacht. Sie wird aber auch für Krankentassenbeamte und Krankentassenärzte ein guter Beleg sein da sie die von der Prager Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt zusammengestellten Erläuterungen über die entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten und eine Aufzählung jener Betriebe enthält, in denen sie hervorgerufen werden. Die Broschüre ist gegen Voranzahlung von 5.70 K. zuzüglich Porto 40 Heller beim Sekretariat der Zentralgewerkschaftskommission, Reichenberg, Färbergasse 1, zu erhalten.

Sport • Spiel • Körperpflege

Der Arbeiter-Tischtennis-Sport in Oesterreich hat sich innerhalb von zwei Jahren so gut entwickelt, daß er die bürgerliche Bewegung bereits übertroffen hat. Dem Arbeiter-Tischtennisverband gehören mehr als vierhundert gemischte Spieler an. Die Einzelmeisterschaften, die vor einigen Tagen in Wien ausgetragen wurden, waren mit ihren dreihundertfünfzig Teilnehmern ein Massenfest. Einzelmeister für 1933 wurden Frauen-Einzel: Eöbl (Pöching); Männer-Einzel: Jaroslav (Orien); Frauen-Doppel: Albers-Eöbl; Männer-Doppel: Karpeles-Dungel; Gemischtes Doppel: Albers-Berzog.

Bürgerlicher Sport.

Eishockey-Weltmeisterschaft in Prag.
Der zweite Tag der Zwischenrunde.
Das erste Spiel am Mittwoch brachte die Begegnung Deutschland—Ungarn. Es war eine ziemlich einseitige und sichere Sache für die Deutschen, die mit 4:0 siegreich blieben. Die Ungarn, die am Vortag den Oesterreichern den Sieg recht

Gelegenheitsarbeit

auch Tagesarbeit, sucht ein junger Mann (verheiratet) eine schwere Hausarbeit oder Arbeiten am Bau (Garten) und eine ältere Frau (für Hausarbeiten oder zu Kindern). Adresse an die Verwaltung „In verweirteiler Lage“.